

Botschafter Lindt

Die amerikanische Aussenpolitik wird von einem Schreckgespenst geplagt, nämlich der Angst vor einer Neutralisierung Deutschlands in irgendeiner Form. Aus diesem Grunde hat die Aussenpolitik der USA schon zur Zeit der Administration Eisenhower und nunmehr unter Kennedy an den Integrationsbestrebungen zwischen den Angehörigen der NATO in Europa ein beinahe leidenschaftliches Interesse genommen und diese Bestrebungen mit allen Mitteln zu fördern gesucht. Es ist in erster Linie dieser politische Aspekt, der die Haltung Amerikas zu sämtlichen Integrationsproblemen beherrscht und bestimmt. Interessant ist, dass die USA - ähnlich wie Russland - die wirtschaftlichen Auswirkungen einer vollen Integration eines Teils Europas, denn es handelt sich ja nach wie vor nur um ein Kleineuropa, erst etwas spät erkannt haben. Die Reaktion auf diese Auswirkungen der Integration ist insofern typisch amerikanisch, als darin Egoismus und Idealismus sich vermischen. Der Egoismus kommt darin zum Ausdruck, dass man in der Bildung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes mit gemeinsamem Aussenzolltarif eine Gefahr für den amerikanischen Export erblickt. Der Idealismus bezieht sich auf die politischen Folgen des Integrationsprozesses. In diesem Zusammenhang gehört die - noch nicht gründlich durchdachte, vorerst mehr nur gefühlte - Konzeption der atlantischen Gemeinschaft: etwas vollständig Neues, zu dem das integrierte Europa den Weg weisen könnte. Dieser Gedanke, der auch von Kennedy in einer seiner Reden vage skizziert worden ist, hat sich vorerst noch nicht konkretisiert. Washington geht es in erster Linie um das Politische, um die Stärkung der USA in der Auseinandersetzung mit der kommunisti-

schen Welt. Diese Auseinandersetzung ist nicht zuletzt darum besonders schwierig, weil ihre Grenzen gesetzt sind. Nach Ansicht Washingtons und anscheinend auch Moskaus darf es nicht zur militärischen Verwicklung kommen: hier liegt die unüberschreitbare Grenze. Die Auseinandersetzung, die wir jeden Tag verfolgen können, sei es in Berlin oder in Ostasien (vor allem Südvietnam) ist deshalb so kompliziert, weil beide Seiten schrittweise abzutasten versuchen, wo sich die Grenze befindet. In diesem grossen Zusammenhang drin steht auch die Integrationsfrage.

Als diese Frage akut zu werden begann, als einerseits der tatsächliche Erfolg der EWG und andererseits die Brüsseler Propaganda ihre Auswirkungen zeitigten, hatte Washington vielleicht den Eindruck, dass es auf Grund seiner gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Uebermacht in der Lage sei, die Entwicklung der europäischen Integration zu bestimmen. Wir erinnern uns daran, wie der hauptsächlich amerikanische Promotor dieser Integration, George Ball, ganz genaue Fahrpläne aufstellte, nach denen der Integrationsprozess verlaufen sollte. Washington glaubte auch, das Verhältnis zwischen der EWG und den Neutralen bestimmen zu können. In dieser Beziehung hat sich allenthalben geändert. Es ist wahrscheinlich richtig zu sagen, dass die Kennedy-Administration zuerst sehr stark auf Frankreich glaubte abstellen zu können, und dass in diesem Punkte Enttäuschungen eingetreten sind. Man kam in Washington zur Erkenntnis, dass, wenn das Hauptziel in der Fesselung Deutschlands an Europa bestehen sollte, Frankreich hiezu nicht allein in der Lage sein konnte, zumal Frankreich von einem Mann regiert ist, über dessen Nachfolge keinerlei Klarheit besteht. Dem europäischen Zusammenschluss müsse dadurch die erforderliche Stabilität verliehen werden, dass man England in die EWG hineinbringe. Ueberdies hatte man die Erfahrung

gemacht, dass de Gaulle sehr schwer zu beeinflussen ist, und dass ein Druckversuch von Washington auf Paris sehr oft das Gegenteil der erwünschten Wirkung zeitigt. In der Förderung des britischen Beitritts ist man aber mittlerweile bereits wieder zurückhaltender geworden. Doch weigert man sich in Washington nach wie vor, die Möglichkeit in Rechnung zu stellen, dass der Beitritt Grossbritanniens nicht zustandekommen könnte. Im Falle eines Scheiterns wäre das ganze handelspolitische Gebäude der Kennedy-Administration vom Einsturz bedroht.

In der amerikanischen Grundkonzeption hat sich somit nichts geändert; man wünscht nach wie vor die EWG-Mitgliedschaft Englands. Ebenfalls unverändert ist Washingtons Haltung in der Frage der Assoziation der Neutralen. Diese Angelegenheit ist in den letzten Monaten sehr stark in den Hintergrund getreten, was auch verständlich ist, solange für das Hauptproblem des britischen Beitritts noch keine Lösung hat gefunden werden können. Es bleibt indessen bei der amerikanischen Ablehnung einer Assoziation der Neutralen. In politischer Hinsicht wird diese Absage mit dem bekannten Argument der "Verwässerungsgefahr" zu begründen versucht, welche für den politischen Gehalt der Sechsergemeinschaft mit einer Assoziation der Neutralen angeblich verbunden wäre; in wirtschaftlicher Hinsicht wird auf die zusätzliche Diskriminierung hingewiesen, die sich für die amerikanischen Exporte infolge einer Assoziation ergäbe. Die Ausfuhren der USA nach den drei neutralen EFTA-Ländern machen indessen einen verschwindend geringen Anteil am amerikanischen Gesamtexport aus.

Ist es nun richtig, aus Washingtons Einstellung in dieser Frage den Schluss zu ziehen - wie einige Schweizer Zeitungen das getan haben -, dass Amerika den Versuch

made, die Neutralen aus ihrer Neutralität hinauszutreiben und sie durch wirtschaftliche Schwierigkeiten zu zwingen, den Weg in die westliche Allianz einzuschlagen? Gegenüber Oesterreich wird ein solcher Versuch zweifellos nicht unternommen, da man sich in Washington darüber klar ist, welche schwerwiegenden Folgen ein solcher Kurswechsel für dieses Land angesichts seiner exponierten Lage haben könnte. Besteht vielleicht aber die Absicht, die Schweiz und Schweden aus ihrer Neutralität abzudrängen? Es ist nicht leicht, diesen Gedanken vollständig von der Hand zu weisen. Allerdings ist festzustellen, dass Amerika im Rahmen der grossen Auseinandersetzung mit Russland seine Haltung gegenüber den Neutralen und Neutralisten geändert hat. John Foster Dulles hatte ursprünglich das Ziel verfolgt, die Neutralen zu Alliierten zu bekehren. Das Bestreben der Administration Kennedy ist es dagegen, die Alliierten daran zu hindern, in die Neutralität abzugleiten; die bisherigen Neutralen und Neutralisten aber als solche anzuerkennen und ihnen das Recht zuzubilligen, ihre selbständige Politik weiterzuführen. In einem kürzlich mit Dean Rusk geführten Gespräch habe ich ihm die Frage gestellt, ob in der amerikanischen Haltung zur Assoziationsfrage nicht ein Druckversuch auf die Neutralen liege. Der Staatssekretär hat daraufhin die Wertschätzung betont, die Amerika der schweizerischen Neutralität entgegenbringe. Aber die USA wünschten nicht, dass durch eine Assoziation der Neutralen der Pilz des Neutralismus in der EWG Fuss fassen könne. Diese Aeusserung lässt übrigens auch darauf schliessen, dass man offenbar in die Bündnistreue gewisser europäischer Alliierten amerikanischerseits kein unbegrenztes Vertrauen setzt.

Amerikas negative Haltung gegenüber dem Gedanken einer Assoziation der Neutralen konnte übrigens auch durch die zahlreichen "Pilger" aus neutralen Ländern nicht modi-

fiziert werden, die zu diesem Zweck nach Washington kamen. Sie erreichten alle nur eines: die klare Betonung der Absage. Es war für uns wohl kaum von Nachteil und dürfte von der sehr realistischen Kennedy-Administration als Zeichen der Festigkeit in günstigem Sinne vermerkt worden sein, dass sich unter diesen Washington-Reisenden kein Schweizer befand. Unsere Neutralität steht in Amerika vielleicht unter weniger starkem Druck als in Europa, wo alle Staaten, die im letzten Krieg zur Aufgabe ihrer Neutralität gezwungen wurden, heute eine gewisse Jalousie gegenüber einem Staat verspüren, dem es gelungen ist, die seinige zu bewahren.

In Amerika schätzt man die Schweiz. Man kann aber gerade bei Freunden unseres Landes eine gewisse Sorge bemerken, die etwa in der Frage zum Ausdruck kommt: "Wie lange glaubt ihr denn noch neutral bleiben zu können?" Bei solchen Gelegenheiten werden dann auch Aeusserungen aus EWG-Kreisen zitiert, wie z.B. diejenigen von Aussenminister Luns in einem kürzlichen Interview mit der Berliner "Morgenpost": "die politischen und wirtschaftlichen Elemente in der EWG sind so stark miteinander verknüpft, dass ihre Trennung unmöglich scheint." Nun werden wir uns aber gerade bemühen müssen, einen sehr klaren Trennungsstrich zwischen diesen Elementen, die so eng miteinander verflochten sind, zu ziehen. Wird es aber möglich sein, in der Alltagsarbeit, in der fortwährenden Entwicklung der EWG diese scharfe Trennungslinie immer zu behaupten? Das ist denkbar, aber es wird höchste Aufmerksamkeit und auch eine sehr starke Festigkeit gegenüber jedem Druck erfordern. Auch in USA gibt es Leute, die sich fragen, ob eine mit der EWG assoziierte Schweiz noch das gleiche Ansehen der vollständigen Unabhängigkeit geniessen wird.

Der Vollständigkeit halber sei noch beigelegt, dass in der amerikanischen Presse auch eine gewisse Kritik an der sehr harten Einstellung der Administration gegenüber den Neutralen geübt wird. Der "Christian Science Monitor", Walter Lippmann und im Repräsentantenhaus der Abgeordnete Reuss gehören zu diesen kritischen Stimmen, die bezweifeln, ob es richtig sei, dass Amerika in der Frage der europäischen Integration eine so starre Haltung einnimmt und die der Ansicht zuneigen, man solle es vermehrt den Europäern überlassen, ihre eigenen Verhältnisse zu ordnen. Bisher war dieser Kritik indessen keine grosse Wirkung beschieden. Sie könnte an Resonanz allerdings gewinnen, wenn der Beitritt Englands sich verzögern oder gar scheitern sollte.

In diesen Rahmen gehört der Vorschlag des Abgeordneten Reuss, der die Bestimmung der "Trade Expansion Act", wonach der Zoll auf Waren, deren Handel zwischen den USA und der EWG 80 % des Welthandels umfasst, auf null zu reduzieren sei, auch auf den Handel mit den EFTA-Staaten ausgedehnt sehen möchte. Dieser Vorschlag, im Abgeordnetenhaus übersehen, kann im Senat neu aufgegriffen werden.

So heikel eine Prophezeiung in diesem Punkte auch ist, so ist doch anzunehmen, dass diese Gesetzesvorlage im Kongress durchgehen wird. Washington präsentiert gerade den Neutralen, ganz besonders den Oesterreichern, die "trade expansion act" als Lösung für ihre Schwierigkeiten, wobei diese Schwierigkeiten in USA oft unterschätzt werden. Es wird uns sehr häufig vorgeworfen, wir würden schreien, bevor wir gebrannt worden seien. Ob die "trade expansion act" wirklich eine Hilfe für uns bedeuten wird? Man darf die Wirkung des Gesetzes weder unter- noch überschätzen. Vieles hängt von der praktischen Handhabung ab, und wird sich erst auf Grund konkreter Erfahrungen beurteilen lassen: "The proof of the pudding is in the eating!"